

Medienbeobachtung

12.07.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Finanzausgleich: Landeschefs beklagen "Hinhaltetaktik"**
12.07.2023 , Die Presse Seite 7

Die Presse vom 12.07.2023

Finanzausgleich: Landeschefs beklagen "Hinhaltetaktik"

Vertreter von vier Bundesländern haben sich am Dienstag über die "Hinhaltetaktik" des Bundes bei den Finanzausgleichsverhandlungen beklagt. Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kündigte als derzeitiger Vorsitzender eine Sonder-Landeshauptleute-Konferenz an. Der in der Vorwoche eingebrachte Vorschlag des Bundes stelle eine Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung dar, sagen die Landesvertreter. Denn trotz der prognostizierten demografischen Entwicklung würden etwa im Bereich der Pflege keine Mittel zusätzlich vom Gesundheits- und Sozialminister zur Verfügung gestellt. Auch sei der Bund nicht bereit, den künftigen Bedarf in Form einer adäquaten Valorisierung abzudecken.

Quelle	Die Presse
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch

Kanzlergespräch. Karl Nehammer (ÖVP) richtete am Dienstag eine klare Botschaft an die FPÖ: Eine Koalition gebe es nur ohne Kickl - und dessen gefährliche „Pferdelogik“.

Wien. 22 Beschlüsse im Ministerrat, knapp 40 Beschlüsse bei der letzten Parlamentssession und ein „sehr, sehr gutes Klima“: Ginge es nach dem Bundeskanzler, so gibt es derzeit keinerlei Grund, die Zusammenarbeit zwischen Türkis und Grün in Zweifel zu ziehen. Bei seinem sechsten „Kanzlergespräch“, das Karl Nehammer (ÖVP) am Dienstag im Kanzleramt vor Journalisten abhielt, versuchte er vielmehr, auf aus seiner Sicht wichtigere Themen zu verweisen. Nämlich: Die Regierung arbeite. Und: Herbert Kickl sei ein „Sicherheitsrisiko“ für das ganze Land.

Überdurchschnittlich viele Gesetze

Das dürfte das Innenpolitikklima bei Temperaturen jenseits der 35 Grad vorerst nicht abkühlen - umso mehr angesichts der am Dienstag publizierten Umfrage von Peter Hajek (siehe Seite 6). Die Partei der „Normaldenkenden“, als deren Fürsprecherin sich Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau, Johanna Mikl-Leitner, versteht, hat in Niederösterreich seit der Landtagswahl im Jänner einer von der SPÖ beauftragten Erhebung zufolge zehn Prozentpunkte verloren, die FPÖ fast sieben gewonnen. Dass das Vertrauen speziell in Mikl-Leitner angeschlagen ist, zeigte zuletzt schon der Vertrauensindex.

Nehammer, selbst sozialisiert in der Landespartei, versuchte am Dienstag den türkisgrünen Konflikt, der aus dem „Normal“-Anspruch von Mikl-Leitner und der Reaktion von Werner Kogler (Grüne) - er nannte die Denkweise „präfaschistoid“ - resultierte, zu relativieren: „Ich erspare mir generell Bewertungen meines Koalitionspartners.“ Nur so viel: Er habe die Grünen „extrem pragmatisch und lösungsorientiert sowie dogmatisch und ideologisch erlebt“. Koglers Sager „zähle zur letzten Kategorie“. Er sprach sich dagegen aus, „über Begrifflichkeiten so viel zu diskutieren“. Auf die Frage, ob man als „Partei für die Normalen“ nicht auch Menschen ausschließe, meinte er: „Abnormal“ finde er es tatsächlich, „dass sich die radikalen Ränder stärken. Man soll Politik für die Vielen machen, dabei auch nicht auf die Wenigen vergessen. Aber man darf die Wenigen nicht zum Maß aller Dinge machen.“

Die Regierung sei „abseits der Emotion“ aber intakt. Das versuchte Nehammer anhand der Gesetzesbeschlüsse zu verdeutlichen (2012: 125, 2022: 259). Damit griff er auf, was auch der Politologe Laurenz Ennsner-Jedenastik am Dienstag auf Twitter thematisiert hatte. Es passe nicht „zum Luft-ist-draus-



Karl Nehammer (ÖVP) lud zum sechsten „Kanzlergespräch“. [APA/Georg Hochmuth]

ßen-Narrativ“, schrieb der Politologe, aber die Zahl der Gesetze unter Türkis-Grün sei quantitativ „stark überdurchschnittlich“. Einen hohen Anteil daran haben allerdings die vielen Covid-Gesetze.

Nehammer ruft zum Duell gegen Kickl

Das Luftabwehrsystem Sky Shield nahm inhaltlich den größten Raum des Termins ein. Anders als die FPÖ behaupte, sei ein Beitritt mit der Neutralität vereinbar. Angesichts neuer Bedrohungen (Drohnen, ballistische Raketen) müsse man „wehrhaft neutral“ sein. Eine Neutralitätsdebatte hält Nehammer aber für eine „Elitendiskussion“, da eine Mehrheit der Österreicher neutral bleiben wolle.

Dass die FPÖ zu Sky Shield eine Volksabstimmung fordert, animierte den Kanzler zu einer überraschenden Botschaft: „Herbert Kickl erachte ich inzwischen als Sicherheitsrisiko für dieses Land. Das hat er mehrfach bewiesen.“ In seiner Rolle sei es auch angebracht, das anzusprechen, wenn es um die Sicherheit des Landes gehe. Als Beispiel brachte Nehammer Kickls Zeit als Innenminister, deren Nachwehen nun „in den Folgeverfahren des BVT ans Tageslicht treten“. Da merke man, „welchen Schaden er angerichtet hat“. Er argumentiere mit einer „Pferdelogik“, womit Nehammer auf die Anschaffung von Polizeipferden unter Kickl sowie dessen Empfehlung des Pferdeentwurmungsmittels Ivermectin in der Coronapandemie anspielte. „Das halte ich für mehr als bedenklich und vor allem für gefährlich.“

Mit der FPÖ unter Kickl sei „kein Staat zu machen“, betonte Nehammer. Wobei er eine Koalition nicht ausschloss: Kickl sei nicht synonym mit der FPÖ. Zum Kanzler wolle man

Kickl jedenfalls nicht machen, er gehe auch davon aus, dass dieser als Vizekanzler nicht zur Verfügung stünde. Er selbst habe ohnehin andere Prioritäten: „Ich werde alles tun, dass ich Kanzler werde.“

Abseits der FPÖ und des Streits in der Koalition verwies Nehammer auch auf einen geplanten „Mikrochip-Gipfel“ am Donnerstag im Kanzleramt. Österreich sei bei der Produktion in den „Top vier in Europa“. Ziel sei es, die Rahmenbedingungen für die rund 200 Unternehmen und deren 72.000 Arbeitsplätze zu verbessern, um Abhängigkeiten vom asiatischen Markt zu verringern.

LAND 7 Will rasche Lösung der Problemen

rgt derzeit für Verlust
enslang auswirken.

ÖGB fordert umgehend
i der Aufwertung der
wie die Leitende Sek
hl, in einer Aussendu
n jene, die in den ko
fahren in den Ruhesta
die Finger und hab
sten zu rechnen. Das
die Teuerungsanpass
aufwertung erst mit V
mt.

vorbenen Pensionsgu
onskonto werden jähr
nnten Aufwertungsfa
nensentwicklung der
in Österreich abbild
nkret wird für die Aufw
menssteigerung vom
orangeangenen Ka
zogen, was bedeutet, o
der tatsächlichen Infl

entwicklung um zwei Jahre hin
hinkt.

Die Aufwertungszahl für das Ja
wird laut Schätzungen 3,5 Prozen
gen. Die bereits ausbezahlt
werden laut Gesetz hingegen mit
inflationsrate angehoben, die für die
onsanpassung 2024 wahrscheinli
schen 9,5 Prozent und zehn P
betragen wird.

Für 300.000 Betroffene fehlt
gleich aber bei der Pensionsst
ung. All jene, die vor der Wahl
2023 oder 2024 in Pension zu gehe
sind faktisch gezwungen, mögliche
Pension zu gehen, meint Reischl
Arbeitskammer müssen jene, die
Pension gehen, Kürzungen von ac
zent in Kauf nehmen, Neuzugänge
immer noch fünf Prozent. (APA)

NACHRICHTEN

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ex-Kanzler Kern

Die Wiener Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Betrugsverdacht bei einem Immobilienprojekt gegen Ex-Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ). Es gehe um ein Projekt rund um die Herstellung modularer Fertigteil-Immobilien, in das ein Unternehmen, an dem Kern beteiligt ist, involviert gewesen sei. Der Anwalt von Kern, Paul Kessler, bezeichnete die Vorwürfe als nicht substantiell und „verleumderisch“. Er rechnet damit, dass das Verfahren bald eingestellt wird.

VfGH: Verbot von „Klimacamps“ war verfassungswidrig

Der Verfassungsgerichtshof hat einer Beschwerde gegen die Abweisung von „Klimacamps“ durch die Landespolizeidirektion so

Schools“ und ähnlichen Aktivitäten, die im Rahmen des „Klimacamps“ stattfinden würden, keine Versammlungen, sondern „sonstige Veranstaltungen“ seien. Die Camps waren in Parkanlagen sowie im „Zukunftshof“ im Bezirk Favoriten geplant.

Finanzausgleich: Landeschefs beklagen „Hinhaltetaktik“

Vertreter von vier Bundesländern haben sich am Dienstag über die „Hinhaltetaktik“ des Bundes bei den Finanzausgleichsverhandlungen beklagt. Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kündigte als derzeitiger Vorsitzender eine Sonder-Landeshauptleute-Konferenz an. Der in der Vorwoche eingebrachte Vorschlag des Bundes stelle eine Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung dar, sagen die Landesvertreter. Denn trotz der prognostizierten demografi

AUSTRIA'S LEADING COMPANIES

Gehören Sie zu den Besten

Dann zeigen Sie es: Bereits zu und ihre Partner KSV1870 und Unternehmen des Landes.

Die Beurteilung erfolgt entlang Kennzahlensystems.

Machen Sie mit und messen Sie Unternehmen in Ihrem Bundesland.

Erfahren Sie mehr
DiePresse.com